



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

20. Wahlperiode – 57. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. September 2026, 14 Uhr,  
auf dem Messegelände der Norla

### **Anwesende Abgeordnete**

Heiner Rickers (CDU), Vorsitzender

Rixa Kleinschmit (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Manfred Uekermann (CDU)

Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sandra Redmann (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Anne Riecke (FDP)

Dr. Michael Schunck (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b> |                              | <b>Seite</b> |
|----------------------|------------------------------|--------------|
| <b>1.</b>            | <b>Besuch der Norla.....</b> | <b>1</b>     |
| <b>2.</b>            | <b>Verschiedenes.....</b>    | <b>9</b>     |

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## **1. Besuch der Norla**

Der Ausschuss nimmt an der Eröffnungsveranstaltung und dem anschließenden Rundgang teil.

Außerdem führt er ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Bauernverbandes und der Landwirtschaftskammer.

Der Vorsitzende leitet das Gespräch ein mit der Bitte, insbesondere über die Problembereiche in der Landwirtschaft zu informieren.

Herr Lucht, Präsident des Bauernverbandes, problematisiert die unterschiedlich guten beziehungsweise schlechten Ernteergebnisse in diesem Jahr, spricht Schäden durch zu viele Gänse an, begrüßt die Bildung von wolfsfreien Zonen in Schleswig-Holstein und vertritt dazu die Ansicht, dass eine Rudelbildung unbedingt vermieden werden müsse. – Er geht auf die Marktlage ein und teilt mit, dass die Preise trotz guter Ernten schlecht seien. Das hänge hauptsächlich mit der derzeitigen geopolitischen Lage und großen Vorräten zusammen. – Er problematisiert die Schweinehaltung in Schleswig-Holstein insbesondere nach dem Magdeburger Urteil, das Verbesserungen im Stallbereich vorschreibe, gibt seiner Befürchtung Ausdruck, dass eine Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer Beendigung der Schweinehaltung in Schleswig-Holstein führen werde, und bittet die Landespolitik, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Baumaßnahmen auszusetzen. – Er vertritt die Ansicht, dass in einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt gemeinsame Spielregeln gelten sollten. – Er spricht das Thema Knickverstöße an und regt an, bei eventuellen Verstößen nicht immer sofort Vorsatz anzunehmen.

Weitere Themen sind das Aktionsbündnis Ländlicher Raum, Bauerleichterungen bei Ausläufen von Schweinen, Probleme bei der Genehmigung von Stallbauten, Kosten für die Erfüllung von Auflagen bei dem Bau von Ställen beispielsweise für Gutachten. – Positiv bewertet er die Entschädigungsleistungen für Gänseschäden, die er aber nicht für ausreichend hält. Er regt

an, Gelder im Haushalt gegebenenfalls aus dem Umweltministerium oder für den Ankauf von Ländereien für die Stiftung Naturschutz umzuleiten. – Vertragsnaturschutzmaßnahmen würden von der Landwirtschaft gern umgesetzt. Voraussetzung sei allerdings, dass die gleichen Deckungsbeiträge erzielt würden wie für den Anbau von Raps oder Weizen. Dies wäre eine bessere Maßnahme, als lediglich Flächen aufzukaufen und stillzulegen.

Anhand eines Beispiels wünscht er sich eine bessere Zusammenarbeit insbesondere mit dem Umweltministerium. Diesem seien in einem Gespräch mit der Staatssekretärin zehn einfache Forderungen übergeben worden wie beispielsweise einen freiwilligen Landtausch vor Aufkauf von Flächen für die Stiftung Naturschutz. Er greift eine Äußerung einer Mitarbeiterin aus dem Umweltministerium auf, die Knicks befänden sich in einem schlechten Zustand, und verwahrt sich dagegen. – Schleswig-Holstein brauche eine moderne Landwirtschaft, Räume, die Lebensmittel produzieren, aber auch Arten- und Umweltschutz. Es sei nicht sinnvoll, nur mit Ordnungsrecht zu arbeiten. – Die Landwirtschaft beteilige sich freiwillig beim Thema Ostseeschutz, habe Maßnahmen erarbeitet und arbeite mit der Gewässerschutzberatung zusammen. Auch in diesem Bereich werde mit Ordnungsrecht gedroht, obwohl man gerade mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen habe. – Er lehne die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete ab. Dabei verschließe er sich nicht Maßnahmen, vorhandene kommunale Flächen oder Stiftungsflächen ökologisch aufzuwerten.

Frau Volquardsen, Präsidentin der Landwirtschaftskammer, begrüßt den Austausch mit dem Ausschuss und bietet einen Austausch vor Ort, beispielsweise auf dem Versuchsgut Futterkamp, an. Anhand eines Beispiels rechnet sie vor, dass beispielsweise im konventionellen Ackerbau bei den derzeitigen Preisen und der relativ guten Ernte ein Minus zu erwarten sei. – In der folgenden Diskussion erklärt sie sich auf Wunsch des Ausschusses bereit, diesem die Berechnung schriftlich zur Verfügung zu stellen. – Sie begrüßt das Programm der Landesregierung für mehr Vielfalt auf dem Acker, bedauert, dass die Mittel dafür nicht ausreichend seien, und geht ebenfalls kurz auf die Sauenhaltung in Schleswig-Holstein ein.

Frau Wetekam, Geschäftsführerin der Landwirtschaftskammer, geht auf die Finanzierung der Landwirtschaftskammer ein und erinnert daran, ursprünglich habe es eine Drittellösung gegeben durch Kammerumlage, Landesmittelzuweisungen und wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb der Landwirtschaftskammer. Derzeit nehme der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb einen deutlich größeren Anteil ein, und die Kammerumlage sei kleiner geworden.

Die Landwirtschaftskammer begleite Projekte, die auf der einen Seite gut seien, auf der anderen Seite aber immer befristet. Hier werde häufig, auf das Projekt abgestellt, mit befristeter Laufzeit gearbeitet. Jedes Projekt erfordere entsprechende Antragstellung, Dokumentation und Bürokratie; das binde viele Kapazitäten in der Verwaltung.

Im Bereich Pflanzenbau seien seit 1. August 2026 alle Führungskräftestellen besetzt, sodass sich die Lage in diesem Bereich etwas entspanne und man Zeit habe, sich Gedanken über Strategien und Planung zu machen und Führungskräfteaufgaben wahrzunehmen. – Der Pflanzenschutzdienst habe den Fachbereich Pflanzenschutz zugewiesen bekommen, was sie für durchaus passend halte. Es gehe beispielsweise um EU-Quarantäne-Schädlinge, die eine große Herausforderung seien. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Laborkapazität hin, die eigentlich nicht dafür ausgelegt sei, entsprechende Untersuchungen und Bescheinigungen beispielsweise für den Export von Kartoffeln auszustellen. – Geplant sei, das Versuchswesen zu verstärken und stärker mit Beratung zu verknüpfen. – Eine Problemfrucht sei der Raps, der unterschiedliche Erträge gehabt habe. Das liege unter anderem darin begründet, dass inzwischen Resistenzen aufgetreten seien. Sie weist darauf hin, dass in Frankreich Beizen wieder zugelassen sei.

Sie geht auf das Thema PFAS-Verbot im Gartenbau ein und weist darauf hin, dass insbesondere Gärtnereien auf bestimmte Wirkstoffe angewiesen seien. – Im Folgenden bezieht sie sich auf die Versuchsgüter der Landwirtschaftskammer und auf die Themen Schweinehaltung, Umsetzung von Tierwohl im Schweine- und Rindermastbereich sowie die dadurch entstehenden Kosten, Lieferketten, die geplanten Versuchsställe und Versuche beispielsweise bei Fütterung zur Reduktion von Methanemissionen. – In Futterkamp solle der alte Stall im Grunde genommen ein Versuchsstall einschließlich automatisierter Melktechnik werden; auch die Landwirtschaftskammer habe Probleme, Fachkräfte zu finden. – Das Thema Tierkompetenz- oder Nutztierkompetenzzentrum solle angegangen werden, um die Beratungsringe mit der in Futterkamp erworbenen Kompetenz auszustatten. – Im Bereich Forst sei eine Stabsstelle „Zukunft LAND & FORST“ gegründet worden. Hier sollten Projektarbeiten und neue Themen wie beispielsweise das Thema Agroforst angegangen werden. Parallel dazu solle eine GmbH gegründet werden, die Dienstleistungen in diesem Bereich abbilde. – Es solle der Versuch unternommen werden, dass sich die Kammer mehr auf die Kernthemen konzentriere und neue Themen kammerübergreifend gedacht würden. Deswegen würden entsprechende Stabsstellen eingerichtet, die mehrere Abteilungen umfassten. – Außerdem geht sie auf die vom Land übertragenen Pflichtaufgaben ein.

Herr Nielsen berichtet von seinen Erfahrungen in seinem Amt als Bürgermeister und spricht hier insbesondere die Themen Jakobskreuzkraut, Auswirkungen desselben auf Weidehaltung, Einzelfallbetrachtungen bei Knicks, mögliche Änderungen von F- und B-Plänen in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und Wasserrückhalt im Zusammenhang mit Grabenräumung an.

Der Vorsitzende geht auf das genannte Beispiel im Zusammenhang mit Jakobskreuzkraut ein und weist darauf hin, dass je nach Ausgestaltung des Vertrages im Rahmen des Vertragsnaturschutzes die Bekämpfung von Jakobskreuzkraut mit mechanischen Mitteln durchaus möglich und gegebenenfalls sogar verpflichtend sei. – Auch die Ausweisung von Sondergebieten in der Bauleitplanung für Gewerbe- und Gebäudebebauung sei derzeit bereits möglich.

Abgeordnete Redmann bietet ihre beratende Hilfe in dem genannten Beispiel im Zusammenhang mit Jakobskreuzkraut an.

Herr Müller-Ruchholtz, Generalsekretär des Bauernverbandes, weist darauf hin, dass bei dem genannten Beispiel im Zusammenhang mit Jakobskreuzkraut bekannt sein müsse, um welches Vertragsnaturschutzmuster es sich handele. Die Grundproblematik, dass anliegende Flächen unter einer kleinen Fläche leide, gebe es massiv auch bei der Wiedervernässung. – Er bestätigt, dass die entsprechende Ausweisung in den B-Plänen durchaus möglich sei. Allerdings sei man dann immer gewissermaßen der Gemeinde ausgeliefert. Hier müsse sehr geschickt formuliert und Probleme bei einer möglichen Nutzungsänderung berücksichtigt werden. Außerdem gebe es auch in der Politik durchaus unterschiedliche Konstellationen.

Er geht auf das angesprochene Thema Privilegierung ein und weist darauf hin, dass bis zur Abschaffung der Ämter für ländliche Räume in 2006 die Ämter für ländliche Räume die Privilegierung geprüft hätten. Diese sei nun auf die Kreisbauämter übergegangen, die eine unterschiedliche Prüfungstiefe, teilweise sogar unterschiedliche Prüfungsansätze hätten. Allerdings halte er eine Prüfung durchaus für notwendig, um die Tierhaltung auf den Betrieben weiterhin aufrechtzuerhalten.

Er spricht das Baurecht an und beschreibt Schwierigkeiten, beispielsweise ein zweites Altenheim auf Höfen zu errichten oder zwei Betriebsleiterfamilien zu realisieren. – Auf den Einwand des Abgeordnete Siebke, dass es bezüglich der Altenteile bereits eine Art Musterklage

gegeben habe, meint Herr Müller-Ruchholtz, es wäre am besten, wenn dieses Thema auf Bundesebene geklärt würde.

Auf eine Frage der Abgeordneten Kleinschmit zur Kastration von Ferkeln erläutert Herr Lucht, dass in Dänemark bei der Kastration von Ferkeln Schmerzlinderung und nicht – wie in der Bundesrepublik – Schmerzausschaltung vorgeschrieben sei. Die Kastration werde dort von den Landwirten selbst durchgeführt.

Herr Lucht geht erneut auf den Einsatz von PFAS im Rahmen von Pflanzenschutzmitteln ein und spricht sich dafür aus, in Schleswig-Holstein keine strengeren Regeln als EU-weit zu implementieren.

Abgeordnete Redmann wendet sich dem Thema Stiftung Naturschutz zu und weist darauf hin, dass die Preise, die von der Stiftung für Landkauf bezahlt würden, von einem Landesamt ermittelt würden. Außerdem stellt sie klar, dass es kein Vorkaufsrecht der Stiftung Naturschutz gebe, sondern ein Vorkaufsrecht des Landes. Sie erinnert ferner daran, dass in der Vergangenheit gemeinsam mit der Opposition Lösungen für bestimmte Probleme gefunden worden seien, und plädiert dafür, zu dieser Verfahrensweise zurückzukehren. – Zum Thema Baurecht regt sie an, dieses einmal in den Umweltausschuss zu ziehen und gemeinsam mit der Innenministerin zu erörtern.

Herr Lucht betont die Gesprächs- und Kompromissbereitschaft des Bauernverbandes und hebt das Ziel eines freiwilligen Flächentausches auch mit der Stiftung Naturschutz mit dem Ziel des Erhaltes wirtschaftlicher Betriebe hervor. Erneut problematisiert er Genehmigungspraxis und Bearbeitungszeiten durch die Kreise von Bauanträgen.

Frau Volquardsen wiederholt die Einladung zu einem Austausch vor Ort, beispielsweise auf Futterkamp. – Der Vorsitzende weist auf organisatorische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einer auswärtigen Sitzung hin.

Abgeordneter Kock-Rohwer geht auf die Problematik Jakobskreuzkraut ein und bestätigt die Probleme bei der Beseitigung desselben. – Er weist darauf hin, dass das Land das Vorkaufsrecht für die Stiftung Naturschutz im letzten Jahr für lediglich 35 Hektar wahrgenommen habe. – Herr Lucht erwidert, in 2025 seien weit über 600 Hektar langfristig für Zwecke der Stiftung

Naturschutz zu hohen Preisen gepachtet worden seien, die künftig für die Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung stünden. – Abgeordnete Redmann macht deutlich, das Vorkaufsrecht des Landes beziehe sich auf eine bestimmte Kulisse und nicht das gesamte Land.

Der Abgeordnete Rickers vertritt die Auffassung, dass die Stiftung Naturschutz eine Größe erreicht habe, bei der es sich durchaus einmal lohne, auf das Gesamtkonstrukt zu schauen und darauf, ob es in der derzeitigen Form noch dem Zeitgeist entspreche.

Abgeordneter Kock-Rohwer spricht sich dafür aus, dass sich bei möglichen Landkäufen alle Beteiligten an einen Tisch setzten und zu einer gemeinsamen Lösung kämen. – Er betont, bei PFAS handele es sich um Ewigkeitschemikalien, und weist auf die Gefahr von PFAS für das Grundwasser hin.

Herr Müller-Ruchholtz hält Freiwilligkeit im Rahmen der Umsetzung von Maßnahmen für wichtig und wiederholt, die Androhung von Ordnungsrecht führe eher dazu, Landwirte zu verprellen.

Frau Wetekam spricht die GAP-Abgabe 2028 an und teilt mit, die Landwirtschaftskammer werde in Vorleistung gehen und ein Beratungs- und Bildungskonzept für Schleswig-Holstein für die Jahre 2028 bis 2035 erstellen. Sie bietet an, darüber nach Fertigstellung in einen Austausch zu kommen. Außerdem weist sie darauf hin, dass die EIP-Projekte in Zukunft voraussichtlich nicht mehr von der EU gefördert würden, und regt an, gegebenenfalls im Laufe der laufenden Haushaltsberatungen ein Augenmerk darauf zu legen, wie eine Kofinanzierung künftig möglich sein werde.

Frau Volquardsen weist nochmals auf das Aktionsbündnis Landwirtschaft hin, von dem sie hoffe, dass künftig auch erfolgreich Umweltpolitik umgesetzt werden könne.

## **2. Verschiedenes**

### **a) Thema Goldafter**

Der Ausschuss kommt überein, zu der nächsten Sitzung als Expertin Frau Vogel vom Landschaftszweckverband Sylt einzuladen.

### **b) Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein – Ziele, Maßnahmen und Monitoring 2026**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache [20/4504](#)

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das vom federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss vorgesehene Fachgespräch am 30. September 2026 stattfinden soll.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, schließt die Sitzung um 16:05 Uhr.

gez. Heiner Rickers  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin